

„Der Laubaner Bote“

erscheint jeden Mittwoch früh in der Buchdruckerei der Gebr. Scharf, Görlitzerstraße.

Abonnements-Preis:

vierteljährlich 8 Sgr.



Amtliche und Privat-Anzeigen werden bis Dienstag Mittag angenommen und wird die Zeile aus gewöhnlicher Schrift mit 1 Sgr. berechnet, größere Schrift und Einfassungen nach Verhältniß des Raumes.

Der Laubaner Bote.

Eine Wochenschrift für Stadt und Land.

No. 8.

Mittwoch, den 24. Februar

1869.

— Die Worte, welche der Minister-Präsident Graf von Bismarck bei der Berathung über die Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg und des ehemaligen Kurfürsten von Hessen im Herrenhause, namentlich über die Umtriebe der preußenfeindlichen Presse und über deren Einfluß auf die Störung des europäischen Friedens gesprochen hat, reichen in ihrer Bedeutung weit über den unmittelbaren Gegenstand der Berathung hinaus.

Die Zuversicht, welche der Minister in Bezug auf die friedlichen Absichten der europäischen Regierungen äußerte, die entschiedene Hinweisung auf das friedliche Streben unserer Regierung und auf den Wunsch derselben, daß das Volk endlich zu demselben Vertrauen auf friedliche Zustände gelange, endlich die offene und herzliche Aussprache über „die starke und kriegstüchtige, aber gleich uns friedliebende (französl.) Nation“, sowie die Versicherung, daß „die beiden großen Nationen in der Mitte der europäischen Civilisation beiderseits den ernstesten Willen hegen, mit einander im Frieden zu leben und keine wesentlichen Interessen haben, die sie trennen könnten,“ — diese unumwundenen Aeußerungen werden nicht verfehlen, die Friedenszuversicht in Deutschland und in Europa zu erhöhen und zu befestigen.

Die Königliche Regierung hat seit Jahr und Tag ihre volle Thätigkeit auf die Zerstreung falscher Kriegsgerüchte verwendet; sie hat in diesem Augenblick die Ueberzeugung, daß die europäischen Regierungen von friedlichen Absichten beseelt sind, und sie hat das Bedürfnis, daß das Publikum endlich zu demselben Glauben und zum Vertrauen auf friedliche Zustände gelange. Schon im Interesse der nationalen Würde sind die Quellen abzuschneiden, aus denen deutsche Blätter besoldet werden, die in schamloser Oeffentlichkeit eine starke und kriegstüchtige, aber ebenfalls friedliebende Nation, wie die Franzosen, zum

Kriege gegen Deutschland auffordern und offen die Hoffnung aussprechen, das Vaterland Deutschland werde in diesem Kriege unterliegen. Mir sind in der Presse Vorwürfe gemacht worden, daß ich solchen Erscheinungen gegenüber die diplomatische Ruhe, die meine Stellung erfordert, nicht zu bewahren vermöchte; ich muß nun aber sagen: wer über solche Niederträchtigkeit nicht in Zorn geräth, hat ein anders organisiertes Nationalgefühl, als mir eigen ist.

— Die Frage wegen der sogenannten „Unentgeltlichkeit des Unterrichts“ ist vom Abgeordnetenhause bekanntlich vor der Erörterung der sonstigen Regierungsanträge über die Regelung der Schulverhältnisse in Berathung genommen worden.

Das Haus hat es für jetzt abgelehnt, die in Rede stehende Bestimmung des Artikels 25 der Verfassung abzuändern.

Bei der Verhandlung darüber trat jedoch deutlich hervor, daß die Mehrheit in der Sache selbst schon jetzt den Standpunkt der Regierung mehr od. weniger theilt, und der Beibehaltung des Schulgeldes, da wo es die Gemeinden der Einführung einer Schulsteuer vorziehen, unter gewissen Bedingungen nicht entgegen sein würde. Man wollte nur die Aufhebung der in Rede stehenden Verfassungsbestimmung nicht früher aussprechen, als bis über die Art und Weise der Schulgelderhebung bestimmte Beschlüsse gefaßt sein werden.

Das Abgeordnetenhaus würde zu dieser Schwierigkeit in der That nicht gelangt sein, wenn es den betreffenden Gesetzentwurf, wie es die Absicht und der Wunsch der Regierung war, im Zusammenhange mit dem Entwurf in Betreff der äußeren Verhältnisse der Volksschule berathen hätte. Dann würde die Frage wegen der Bedingungen der künftigen Schulgelderhebung alsbald zur Erledigung gekommen sein. — Der Minister v. Mühlner konnte deshalb,